

## Akram Elias, Capcomgroup

Akram Elias glaubt, dass die Unterzeichnung des Freihandelsabkommens vor allem die transatlantische Beziehungen zwischen den USA und Europa stärken wird: „Die allgemeine Stärkung dieser Beziehung erfolgt zum Teil über den freien Handel.“ Der Föderalismus-Experte betont, dass die USA ihre eigene Union durch den Freihandel unter den Bundesstaaten gestärkt hätten. Die EU täte dies auch, allerdings kommuniziere sie dies nicht ausreichend: „Die Europäische Union ist nicht in der Lage, den Bürgern die Vorteile der Personenfreizügigkeit und des Freihandels innerhalb der EU zu verdeutlichen.“ Um dieses Manko zu kompensieren, könne der Freihandel mit den USA den EU-Bürgern ihre bereits bestehenden Handelsvorteile stärker vor Augen führen. Die transatlantische Beziehung biete sich hierfür an. Denn unabhängig davon, ob die USA gelegentlich ihre Strategie wechselten und sich heute auf Asien und morgen auf Afrika fokussierten, gebe es eine fundamentale Achse zwischen der EU und den USA, die von Werten wie Freihandel geprägt sei: „Handel, Sicherheit, Politik und Ideenaustausch sind essenziell für diese einmalige Beziehung.“



Zur Person: Akram Elias ist gebürtiger Libanese, hat aber den Großteil seines Lebens als US-Bürger in Amerika verbracht. Zurzeit ist er als Consultant für „Capital Communications Group“ (Capcomgroup) tätig. Er hat das Institut in Washington D.C. gegründet. Zu seinen Arbeitsfeldern gehören „Public Diplomacy“, internationale Beziehungen und Sicherheitsfragen. Er pflegt außerdem enge Kontakte zum US-Außenministerium und veranstaltet dort regelmäßig als Analyst cross-kulturelle Seminare.

Diplomaten und Experten äußern sich zum umstrittenen TTIP

## Was sie über das Freihandelsabkommen denken

Von unserem Redakteur Dhiraj Sabharwal

Viel wird über das Potenzial eines Freihandelsabkommens zwischen den USA und der EU diskutiert. Befürworter glauben an mehr Wirtschaftswachstum, neue Jobs, steigende Investitionen und eine Festigung der transatlantischen Beziehung. Kritiker befürchten hingegen einen Jobzuwachs „in homöopathischer Dosierung“, gelockerte Finanzmarktkontrollen, einen umstrittenen Investorenschutz und ökologische Katastrophen. Auf beiden Seiten des Atlantiks wird versucht, für oder gegen das „Transatlantic Trade and Investment Partnership“ (TTIP) zu argumentieren.

Wenig ist jedoch bislang über dieses Freihandelsabkommen, über das die EU-Kommission und die US-Regierung diskutieren, bekannt. Es wurde lange Zeit geheim verhandelt. Der Vertrag muss aber von den nationalen und dem europäischen Parlament ratifiziert werden. Dies sorgt für animierte öffentliche Debatten und führt zu einer Mischung aus Euphorie und Ängsten, die oft nicht fundiert, aber zumindest Ausdruck einer angespannten Stimmung sind. Wir haben versucht, dieser Stimmung auf den Grund zu gehen und uns mit Experten unterhalten sowie an Vorträgen zum Thema teilgenommen: Sechs Stimmen, drei Befürworter, zwei Kritiker, ein neutraler Beobachter.



## Robert A. Mandell, US-Botschafter in Luxemburg

Der US-Botschafter in Luxemburg, Robert A. Mandell, ist nicht nur wegen seiner Funktion als Diplomat am Gelingen eines Freihandelsabkommens zwischen den USA und der EU interessiert: „Als Barack Obama US-Präsident wurde, hat er mich in seinen 'Export Council' berufen. Dazu gehörten 20 CEOs, 19 davon waren CEOs von 'Fortune 100'-Unternehmen. (...) Mein Job war es, mehr über die Freihandelsabkommen zu erfahren.“ Mandell traf sich in dieser Zeit mit besagten US-Unternehmensführern. Er sollte Anfang 2010 herausfin-

den, ob Freihandelsabkommen für die Unternehmensführer überhaupt eine Rolle spielen. Ergebnis: Die Abkommen seien ihnen sehr wichtig gewesen, so der Diplomat mit Unternehmerhintergrund. Mandell betont vor allem die positiven Aspekte des TTIP: „Wirtschaftswachstum, mehr Jobs, höhere Investitionen, mehr Möglichkeiten für KMUs und Großunternehmen, währenddem man die bisherigen Gesundheits-, Umwelt- und Sicherheitsbedingungen für die EU- und US-Bürger aufrechterhält. Dafür steht das TTIP.“

Zur Person: Der promovierte Jurist Robert A. Mandell ist nicht der typische Berufsdiplomat, sondern ein „political Nominee“ von US-Präsident Barack Obama. Der Geschäftsmann aus Winter Park (Florida) gehört zu den langjährigen Geldgebern der Demokratischen Partei in den USA. Mandell war u.a. CEO von Greater Properties Inc. und von 1998 bis 2008 CEO von The Greater Construction Corp.





## Alfred Steinherr, Direktor der Sacred Heart University

Alfred Steinherr sieht vor allem die politischen Vorteile des TTIP: Das transatlantische Bündnis zwischen den USA und der EU werde dadurch gestärkt. Er sei auch als Ökonom grundsätzlich für Freihandel, aber die meisten Wirtschaftsprognosen zum TTIP seien überzogen. Würde China etwa seine Handelsbarrieren fallen lassen, wären größere Vorteile für die USA drin als dies im Fall der EU sei. Sie habe bereits viele Schranken geöffnet oder gelockert. Ein Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU würde lediglich dazu führen, dass einige Wirtschaftssektoren mehr importieren oder exportieren würden. Dies habe wiederum einen flexiblen Umgang mit Arbeitskräften zur Folge: „Wenn wir mehr aus den USA importieren, dann verlagert das entweder Importe aus anderen Ländern – diese anderen Länder könnten europäische oder nicht europäische Staa-

ten sein. Oder aber die nationale Produktion wird verlagert und Menschen werden entlassen.“ Man könne aber auch in Europa den Konsum von US-Waren erhöhen. Dies führe jedoch zu weniger finanziellen Mitteln für eigene Investitionen. Man solle demnach berücksichtigen, dass es nicht nur um mehr Handel geht, sondern auch darum, wie diese Handelszunahme erfolgen wird und welche Konsequenzen sie haben könnte. Den vielfach versprochenen wirtschaftlichen Erfolg müsse man deshalb differenziert und aus einer langfristigen Perspektive betrachten: „Alleine die Liberalisierung der Zollschranken hätte lediglich eine Steigerung von 0,02 Prozent des EU-Bruttoinlandsprodukts zur Folge. Die fälschliche Art und Weise, mit der wir das BIP berechnen, würde dazu führen, dass sie diese Steigerung nicht einmal bemerken würden.“



Zur Person: Alfred Steinherr ist akademischer Direktor der Sacred Heart University in Luxemburg. Der promovierte Ökonom unterrichtet zudem als Professor an der Fakultät für „Business Economics and Finance“. Er hat seine Studien an der Universität de Lausanne, der McMaster University und der George Washington University absolviert. Er hat die Doktorwürde an der Cornell-Universität erlangt. Steinherr hatte zudem zahlreiche Posten inne wie zum Beispiel als Direktor des Departements für Finanzforschung der Europäischen Investitionsbank, bei der er später Chefökonom wurde.

## Attac, NGO



Attac kritisiert die grundsätzlich mangelnde Transparenz der TTIP-Verhandlungen. Hinzu kämen die enormen Gefahren für den Umweltschutz: „In Europa kann derzeit noch gegen den Anbau der Gen-Kartoffel Amflora geklagt werden. Fällt das Vorsorgeprinzip durch TTIP weg, könnten viele weitere Regulierungen und Verbraucherschutzstandards wie Dominosteine kippen.“ Auch die kulturelle Förderung durch öffentliche Subventionen in der EU werde von den USA kritisch beurteilt, da sie als Benachteiligung der amerikanischen Unterhaltungs- und Medienkonzerne wahrgenommen werde. Attac befürchtet zudem entfesselte Arbeitsmärkte: „Freihandel führt zu mehr Wettbewerb. Dadurch mag die eine oder andere Ware billiger werden, mit Sicherheit aber wird ein Preis sinken: der Preis der Ware Arbeitskraft. (...) Niedrigere Löhne und niedrigere Sozialstandards sind das Ergebnis, und das ist auch so gewollt.“ Ein weiterer Kritikpunkt von Attac lautet, dass beide Verhandlungspartner die öffentliche Daseinsvorsorge auf allen Ebenen für private Anbieter öffnen wollten. Zu erwarten sei die Privatisierung von Bildung, Gesundheitsversorgung, sozialen Diensten, Wasserversorgung und öffentlichem Nahverkehr.

Zur Organisation: Attac („Association pour la taxation des transactions financières et pour l'action citoyenne“) ist eine globalisierungskritische Nichtregierungsorganisation (NGO).

## Ernst-Christoph Stolper, Politikwissenschaftler

Ernst-Christoph Stolper ist ähnlich wie Alfred Steinherr nicht grundsätzlich gegen Freihandel. Er sehe jedoch beim TTIP viele Probleme. Seine Kritikpunkte reichen von Zweifeln am angekündigten zusätzlichen Wirtschaftswachstum bis hin zu den Befürchtungen, das Abkommen könne den Verbraucher- sowie den Umweltschutz untergraben. Auch die Investenschutz-Klausel hält er für schwierig. Sie soll Investoren aus dem

Ausland gegen staatliche Willkür schützen. Würde ein Staat eine Entscheidung fällen, die dem Geschäft des Investors schadet, dürfe dieser den Staat vor einem Schiedsgericht auf entgangene Profite verklagen – hinter verschlossenen Türen. Neu sind diese Klauseln nicht. Kritiker beurteilen sie aber als demokratiefeindlich. Stolpers Urteil ist demnach mehr als deutlich: „Es geht bei den Verhandlungen kaum um Zolltarife –

die bereits sehr niedrig sind – sondern um sogenannte Handelshemmnisse, also um politische Entscheidungen.“ Von diesem Verhandlungsschwerpunkt profitieren vor allem die USA. Umgekehrt Sorge man sich in den Staaten um das Verhandlungsdossier „Finanzdienstleistungen“. In den USA seien die Regeln strenger als in der EU. Man habe Angst, die weniger strikten europäischen Regeln könnten sich durchsetzen.



Zur Person: Ernst-Christoph Stolper ist ein deutscher Politikwissenschaftler. Er war in der Friedensbewegung der 1980er Jahre aktiv. Er fungierte zudem als Abteilungsleiter für Grundsatzangelegenheiten, Nachhaltige Entwicklung sowie Energie- und Klimapolitik in Nordrhein-Westfalen sowie als Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung in Rheinland-Pfalz.

## Paul-Michael Schonenberg, Präsident der AmCham

Paul-Michael Schonenberg sieht bei einem Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU die gleichen Vorteile wie US-Botschafter Robert A. Mandell. Im Gegensatz zu Kritikern beurteilt er nach Gesprächen mit Vertretern aus Brüssel die TTIP-Verhandlungen gar als „die transparentesten Handels-Verhandlungen, die es je gegeben hat“. Es handle sich nicht um einen hinterhältigen Plan von einer kleinen Gruppe von Menschen, die die Weltherrschaft an sich reißen wollten. Besonders interessant sind seine

Überlegungen zu Luxemburg und dem TTIP: „Luxemburg muss sich vor nichts fürchten.“ Die luxemburgische und die amerikanische Wirtschaft seien asymmetrisch. Kein Teil der nationalen Wirtschaft würde durch eine erhöhte Wettbewerbsfähigkeit vonseiten der USA Schaden davontragen. Im Gegenteil: Luxemburg könne seine „flache“ Wirtschaft wieder auf Vordermann bringen und für die Zukunft vorbereiten. Das Land liege im Herzen Europas und sei wegen seiner Neutralität ein interessanter Investitionsstandort.

Zur Person: Paul-Michael Schonenberg ist Präsident der amerikanischen Handelskammer (AmCham) in Luxemburg. Er nimmt kein Blatt vor den Mund hat schon bei drei US-Botschaftern das Luxemburg-Bild ein wenig korrigiert.

